

Der Courier  
17. Jahrgang  
12 Seiten

# Der Courier

The Courier  
17. Jahrgang  
12 Seiten

17. Jahrgang  
12 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 22. Oktober 1924

12 Seiten

Nummer 50

## Starke Protestbewegung gegen Beseitigung der Crow's Nest Pass-Frachtraten

### Entrüstungsturm von Winnipeg bis Vancouver Die prinzipielle Seite der Frage

Ottawa. — Der Board of Railway Commissioners hat am 14. Oktober beschlossen, daß die Crow's Nest Pass-Frachtraten innerhalb 15 Tagen außer Kraft zu setzen sind, wodurch die Eisenbahndienstleistungen auf diese Stufe gestellt werden wie vor dem 6. Juli 1924. Die Raten für Getreide und Mehl nach dem Osten, die vor 2 Jahren eingeführt wurden, werden durch die Entscheidung nicht berührt.

Der Beschluss wurde auf Betreiben von Boyce, unterstützt von Lawrence und Kuntel, gefasst. Dagegen waren die Kommissare MacLean und Oliver. Oliver vertrat den Standpunkt, daß der "Board" nicht die Macht habe, Bestimmungen eines Parlamentsaktes außer Kraft zu setzen.

Der Kommissar McKoon erklärt dazu: „Aus der Entscheidung ergibt sich, daß die Frachtraten, die im Crow's Nest Pass-Abkommen vorgegeben sind, vermindert werden. Unter den jetzt herrschenden Verhältnissen ist es unmöglich, einen gerechten und angemessenen Ausgleich in den Frachtraten zwischen dem einen Ende und dem anderen zu erzielen. Die Eisenbahnen vorzunehmen, wenn solche Ermäßigungen und solche Bestimmungen wie die des Crow's Nest Pass-Abkommens fortbestehen. Die nun getroffene Entscheidung wird jeden Unterschied zwischen den Städten beseitigen und wird die unterschiedliche Behandlung verschwinden lassen. Die dadurch entstehende, daß die Wohlstand solcher Waren nicht auf neue Raten angewendet wird.“

Kommissar Boyce vertrat die Meinung, daß durch den Ausnahmefrachttarif eine heillose Verwirrung angerichtet worden sei. Die Canadian Pacific Railway habe durch ihre Veröffentlichung alle anderen Bahnen, die mit ihr in Wettbewerb stehen, gezwungen, sich der ungerade Konkurrenz zu beugen und ihre Frachtraten noch weiter herabzusetzen als die C. P. R., obwohl sie dazu gar nicht durch vertragliche Verpflichtungen gebunden waren. Der ganze Aufbau des canadischen Frachttarifs sei so in Unordnung geraten.

Kommissar MacLean, der gegen die Entscheidung opponierte, bemerkte, es handle sich um einen Vertrag, der von der Gesetzgebung gebilligt sei, und der daher nicht durch einen Ausschuss einfach aufgehoben werden könne. Denn der Ausschuss habe keine regulativen Vollmachten. Kommissar Oliver, der andere Gegner des Beschlusses, vertrat eine ähnliche Auffassung. Der Ausschuss der Eisenbahnkommissare könne nicht einfach einen Teil eines Eisenbahnvertrages beseitigen, sondern sei im Gegenteil zu treuer Ausführung der Vertragsbestimmungen verpflichtet. Die Regierung könne wohl mit der C. P. R. über ein neues Abkommen an Stelle des alten verhandeln. Aber er sei der Meinung, daß der Vertrag, der die Förderung des Handels zwischen Ost- und Westkanada zum Ziele habe, an dem Grundgesetz niedriger Frachttarife für Urprodukte festhalten solle.

## La Follette über Amerikas Kriegspolitik

### fortschrittlicher Präsidentschaftskandidat enthüllt die Kriegstreiber der Finanzmagnaten

#### Verfallener Vertrag ist „ein Vertrag der Schande“

St. Louis, 18. Okt. — Senator Robert La Follette, der unabhängige Kandidat für das Präsidentschaftsamt, erklärte heute, daß es Zeit sei, die amerikanische Politik gegenüber den Deutschen zu überdenken. Er sagte, daß es Zeit sei, die amerikanischen Prinzipien und Traditionen zu überdenken, die von Präsident Wilson und auch von der Harding-Coolidge-Administration außer Acht gelassen worden seien.

„Es ist Tatsache, daß unsere Anerkennung der von den amerikanischen Prinzipien mit der Entwicklung des Imperialismus unter William McKinley begann und unter Roosevelt und Taft gefördert wurde,“ sagte der Redner.

„In selbigen Saal, in welchem Wilson 1916 wiedergewählt wurde, erging sich La Follette dann in einem scharfen Tadel des letzten demokratischen Präsidents. „Wilson wurde als Anti-Imperialist gewählt,“ sagte der Wisconsin Senator, „und tat in den ersten zwei Jahren seiner Administration viel, um dem wachsenden imperialistischen Geist einen Dämpfer aufzusetzen, indem er seinen Einfluß ausübte, um für die Billigung der Unabhängigkeit der Philippinen, der Dollar-Diplomatie entgegenzutreten und indem er zu der merkantilen Revolution energisch Stellung nahm.“

„Als in Europa im Sommer 1914 der Krieg ausbrach, trat Wilson für absolute Neutralität ein — für Neutralität in Gedanken, Worten und Taten. Das war eine wahrhaftige amerikanische Politik. Wenn diese Politik beibehalten worden wäre, würden wir

in europäischer Politik verwickelt worden sein, wir würden von den traurigen Folgen in den letzten fünf Jahren nicht in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Sechzigtausend amerikanische Jungen würden noch am Leben sein; wir würden nicht von einer kriegs-schuldigen Last befallen worden und nicht gezwungen sein, hohe Steuern zu bezahlen. Wir würden nicht dem Problem gegenüberstehen, für Hunderttausende von imaliden und kranken Veteranen Sorge zu müssen. Unser Leben würde nicht darüber liegen und sofortiger Hilfe bedürfen. Wir würden keine Kongregation des Reichtrums in den Händen weniger erleben haben, wie in den letzten Jahren. Wir würden vor allem unseren Ruf als Nation, die nur den Frieden wünschte, behauptet haben. Wäre das einfache Prinzip des internationalen Rechts, wie es von Washington und Jefferson dargelegt wurde, befolgt worden, würden wir nicht gezwungen gewesen sein, irgend einer der am Weltkrieg beteiligten europäischen Nationen den Krieg zu erklären. Präsident Wilson machte großen Fehler, die kriegsführenden Nationen Europas nicht gleich zu behandeln, und den weiteren Fehler, die ungeheuerlichen Kriegsverbrechen, die Britanniens und Deutschlands nicht zu ignorieren.“

„Ich zweifle nicht daran, daß Präsident Wilson ehrliche Absichten hatte, als er sich für absolute Neutralität erklärte. Ich kenne aber die Einflüsse, denen er ausgesetzt war, und die auf ihn Tag für Tag und Monat für Monat einen Druck ausübten, um ihn zu veranlassen, seine Neutralitäts-Stellung zu ändern und die Verhältnisse der alliierten Regierungen auszugleichen.“

Die Memoiren und Briefe von Franklin R. Lane und Walter S. Rogers und andere Dokumente, die kürzlich veröffentlicht wurden, legen von den infausten Methoden, die angewendet wurden, um Wilson zum Nachgeben zu veranlassen, Zeugnis ab. „Als wir anfangs des Weltkrieges unsere Neutralität behaupteten, standen noch zwei Wege offen, die beide zum Frieden führten. Einer bestand darin, auf Freiheit der Meere zu bestehen und uns gegen jeden Versuch zu wehren, unsere Rechte als neutrale Nation zu beschränken. Präsident Wilson und andere Nichtkontrahenten an irgend eine Nation zu verhandeln. Diese Politik war England gegenüber von Washington und Jefferson 1793 im Kriege Englands ge-

## Machtvolle Entwicklung British Columbiens

### Wird von Premier King in Victoria Rede prophezeit

#### Wien und Panamakanal zwei wichtige Faktoren

Victoria. — Wie in allen Städten des Westens hat Premier MacKenzie King auch in British Columbia überall eine begeisterte Aufnahme gefunden. Besonders groß war die Verlautbarung in Victoria, die von über 5000 Personen besucht war. Der Premier führte unter anderem aus:

„Die nächste Wirtschaftskraft British Columbiens und seine großen Entwicklungsmöglichkeiten, die durch die gewaltigen Märkte an den Küsten des Stillen Ozeans noch gesteigert werden und dem Unternehmungsgeist der hiesigen Industrie offen liegen, haben die Augen der Welt auf diesen Teil Canadas und des britischen Reiches hingelenkt. Die Weltmärkte liegen vor Euch. Der Panamakanal hat Eurer Provinz und den Provinzen des canadischen Westens die Märkte an den Küsten des Atlantischen Ozeans geöffnet. Der asiatische Markt zeigt eine rasch wachsende Nachfrage nach den Produkten der Provinz. Die großen Mineralien und die reichen Meeresfrüchte sind mit Australien abgeschlossen worden und erwartet nur die Ratifizierung des canadischen Vertrages. Der Zustand des Welt-handels durch die Last der Kriegsjahre und durch die Jahre des Wiederaufbaus und des Schuldenschnitts verdunkelt worden ist. Es wird sich wieder schnell auf. Die Aussichten sind gut und ein Aufbruch steht bevor, wie er in der Vergangenheit noch nicht da war.“

Zum Beweise seiner Behauptungen führte der Premier Handels- und Verkehrsziffern an, die eine ständige Verbesserung seit den Tagen des Weltkrieges aufzeigten.

Das Ziel seiner Rede, so erklärte der Redner, sei es, der Bevölkerung von Westcanada einige Probleme zu unterbreiten und darzulegen, welche die Bundesregierung in Ottawa zu lösen habe und die alle Teile der Dominion betreffen. Seine Regierung in der Geschichte Canadas habe mit solchen Schwierigkeiten finanzieller Art zu kämpfen gehabt wie die gegenwärtige. Während des Krieges habe man große Summen verlangt und

dem Volk ohne jede Begründung ausgepreßt. Nun sei es die Aufgabe der Regierung, die großen Kriegsschulden wieder gutzumachen. Als die Regierung das Amt angetreten habe, sei sie vor einer bankrotten Eisenbahn gefanden, die Schuldenverpflichtungen in Höhe von 94 Millionen Dollars aufzuweisen hatte. Wenn heute die Frage stellen, warum man denn die Canadian National Railways nicht verkauft habe, so gebe es darauf zwei Antworten: Es war niemand da, der sie kaufen wollte, und die Regierung glaubte, sie könne die Bahn wieder auf gesunde finanzielle Grundlagen stellen. Das Volk müsse selbstverständlich noch mit jährlichen Beiträge rechnen, bis die Schulden der Bahn und der canadischen Handelsmarine abgetragen seien.

## Sieg der Saskatchewan-Regierung in Wynyard

### Schwere Niederlage der Progressiven

Wynyard. — Die am Montag abgehaltene provinzielle Wahl in Wynyard ergab eine Mehrheit von 1028 Stimmen für den liberalen Regierungskandidaten B. Paulson. Der progressive Kandidat E. J. Vardal erlitt eine Niederlage, wie sie wohl von seiner Seite erwartet wurde. Paulson bekam 2524 Stimmen, Vardal nur 1516. Alle „Bols“, mit Ausnahme von 12, hatten eine liberale Mehrheit.

Den Sieg der Regierung kann man erst dann voll würdigen, wenn man bedenkt, daß bei der letzten allgemeinen Provinzwahl der Regierungsgegner, G. B. Robertson, der sich als Independent ausgab, 2197 Stimmen erhielt, während auf den damaligen Regierungskandidaten D. V. Muffelman 1525 Stimmen trafen. Diesmal ist das Verhältnis direkt umgekehrt. Die Regierungsmehrheit ist diesmal sogar noch größer als das letzte Mal die Oppositionsmehrheit.

Zum Schluß muß noch darauf hingewiesen werden, daß in dem Wahlkampf gewisse Farmerfragen wie Wheat Pool u. s. w., eine große Rolle spielten. Nicht man das in Betracht, so muß man zu der Auffassung kommen, daß in weiten Kreisen doch ein ziemlich starkes Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung vorhanden ist.

## Rußland kann kein Getreide liefern

### Wegen des Krieges

Rom, 20. Okt. — Die Brotpreise sind um 10 Prozent gestiegen, weil Sowjetrußland es unterließ, im Einklang mit seinem italienischen Kontrakt Getreide zu liefern. Infolge des großen russischen Kontrahats wurden amerikanische Getreidebestellungen beschleunigt, bisher lieferten die Russen aber noch keinen einzigen Sack mit Getreide. Gerüchten über die Knappheit folgte die Spekulation und die Getreidepreise stiegen in den letzten zwei Wochen um 50 Prozent.

## Streik der Kohlenbergarbeiter in Alberta beendet

### Einige Blöcke gegen die neue Vereinbarung

Calgary. — Die Kohlenbergarbeiter von Alberta haben das neue Abkommen, über dessen Inhalt im letzten „Courier“ schon nähere Mitteilungen gemacht worden sind, durch ihre Abstimmung am 16. Oktober mit überwiegender Mehrheit gebilligt. Damit ist der Streik beendet, der seit 31. März dauerte und etwa 8000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen.

Die Abstimmung hatte in den einzelnen Distrikten folgende Ergebnisse:

Drumheller — 527 dafür, 1.105 dagegen.  
Bethbridge — 220 dafür, 235 dagegen.  
Fernie — 495 dafür, 63 dagegen.  
Mead — 195 dafür, 115 dagegen.  
Coleman — 425 dafür, 113 dagegen.  
Edmonton (ein Local) — 1 dafür, 39 dagegen.

## Anerkennung der Moskauer Regierung durch Frankreich

Paris, 20. Okt. — Von amtlicher Seite wurde bekanntgemacht, daß die französische Regierung am kommenden Freitag die Sowjetrepublik von Rußland förmlich anerkennen werde.

## Lehle in Chirichen

Ottawa, 21. Okt. — Das Bundesparlament hat heute den Antrag angenommen, die russische Regierung zu erkennen und die russische Regierung zu unterstützen. Die russische Regierung hat die Anerkennung des englisch-russischen Vertrages bis nach den englischen Wahlen verschoben.

## Wahl und die englischen Wahlen

Moskau, 21. Okt. — Die russische Regierung hat die Anerkennung des englisch-russischen Vertrages bis nach den englischen Wahlen verschoben.

## Sier amerikanische Seeleute getötet

Worfolk, Va., 21. Okt. — Ein Offizier und drei Mann wurden getötet und 18 andere verletzt bei einer Explosion auf dem Kreuzer „Trenton“ während einer Schießübung an Virginia Capes.

## Dentischer General getötet

Berlin, 21. Okt. — Generalleutnant v. Freitag-Loringhoven, der frühere Chef des Generalstabes der deutschen Armee, ist gestorben.

## Montreal 12. Okt. — Eine Explosion von Chemikalien entzündete ein Feuer in den Geschäftsräumen der Advokaten Rabreau u. S. Der Gesamtschaden wird auf \$50.000 geschätzt.

## Der Redner beauftragte dann die gegenwärtige Administration, gleichfalls unter der Führung J. B. Morgans zu stehen. Die ganze Auslandspolitik der Coolidge-Harding-Administration begünstigte bezugsweise Gruppen, wie verschiedene Ereignisse der letzten Jahre bewiesen hätten. Obwohl die Administration auf einer Plattform zu Gunsten der Abberufung der Marinesoldaten aus Haiti und San Domingo errichtet worden sei, sowie auf des Verbotens hin, den Mittel- und Südamerikanern

(Fortsetzung auf Seite 8.)